

## Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien.

Der Unterhaltsbeitrag. — Die Ausspeisung. — Eine kommunale Sanitätskommission. — Approvisionierungsangelegenheiten.

Unter dem Vorherrsche des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain fand gestern eine Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien statt. Der Bürgermeister verlas den Einlauf, daraus geht hervor, daß nun bereits 132.392 Familien in Wien den staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen. Die Zentralstelle leistet in Ergänzung der staatlichen Unterstützungen an 2273 Familien monatliche Beiträge von 125.919 Kronen. Für die öffentliche Ausspeisung wurden bisher 830.559 Kronen verausgabt und der Bürgermeister weist darauf hin, daß die Sammlungen für die öffentliche Ausspeisung unbedingt noch fortgesetzt werden müssen, da bedeutende Mittel insbesondere für den Fall des Kriegsschlusses zweifellos noch benötigt werden, übrigens auch die Steigerung der Lebensmittelpreise die Kosten der öffentlichen Ausspeisung namhaft erhöhe.

Oberphysikus Dr. Böhm und Stadtbaudirektor Goldemund berichteten dann über das im Auftrage des Bürgermeisters ausgearbeitete Projekt für die Errichtung einer Desinfektionsanstalt gegen Flecktyphuserkrankungen. Das Projekt wurde genehmigt und dem Bürgermeister ein Kredit von 50.000 Kronen eingeräumt. Bei der Debatte hierüber brachten Skaret, Neumann und Steiner Klagen über die Verschleppung von Flecktyphus aus den Konzentrationslagern vor. Es wurde einstimmig beschlossen, an die Regierung und die Militärverwaltung heranzutreten, es seien alle Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, um der Verschleppung des Flecktyphus nach Wien vorzubeugen. Ferner wird der Antrag des Gemeinderates Dr. Hein genehmigt, die Militär-sanitätsverwaltung zu ersuchen, über die Durchführung der seinerzeit zugesagten Quarantänemaßregeln der Gemeindeverwaltung eingehende Aufschlüsse zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete weiter, er habe sich entschlossen, eine Sanitätskommission der Gemeinde Wien zu bilden, welcher die Aufgabe zuzuweisen wäre, für die Dauer des Kriegszustandes der Gemeindeverwaltung als Beirat in allen mit den Kriegserkrankungen in Verbindung stehenden sanitären Angelegenheiten zur Seite zu stehen. Insbesondere soll diese Kommission über Vorkehrungen zur Verhütung der nach dem Epidemiegesetz anzeigepflichtigen Krankheiten beraten. In diese Kommission sollen die Obmänner aller Gemeinderatsparteien, dann die dem Gemeinderate angehörenden Aerzte, der Magistratsdirektor, der magistratische Sanitätsreferent, der Stadtbaudirektor, der Oberstadtphysikus, Delegierte der Ärztekammer, der Gesellschaft der Aerzte, des medizinischen Dokortorenkollegiums, der Wiener Bezirkskrankenkasse und der allgemeinen Arbeiter-Krankenunterstützungskasse in Wien berufen werden. Der Bürgermeister wurde ermächtigt, auch noch Delegierte anderer Korporationen und fallweise Fachmänner den Beratungen beizuziehen. Die Anträge des Bürgermeisters wurden einstimmig genehmigt.

Obermagistratsrat Dr. August Mahr berichtete über die kaiserliche Verordnung wegen Regelung des Verkehrs mit Getreide- und Mahlprodukten und über die zur vorläufigen Durchführung dieser Verordnung vom Bürgermeister getroffenen Maßnahmen. An der Debatte beteiligten sich die Gemeinderäte Steiner, Leitner, Neumann, Dr. Hein und Skaret. Es wurde einstimmig beschlossen, die Verfügungen des Bürgermeisters zur Kenntnis zu nehmen, gleichzeitig aber auch an die Regierung die Forderung zu richten, einen genügenden Vorrat von Mehl der Gemeinde für die Zeit des Uebergangsstadiums, nämlich von der erfolgten Sperre bis zur definitiven Verbrauchsregelung zur Verfügung zu stellen, da nach den Berichten des Marktdirektors der überwiegende Teil der mehlverarbeitenden und der mehlschhandelnden Geschäftsleute nur auf ganz kurze Zeit versorgt ist und bei einem länger dauernden Uebergangsstadium sich ein schwerer Notstand in Wien einstellen könnte.

Obermagistratsrat Dr. Konst. Mahr berichtete über den Anlauf von Schweinen und Konservierung des daraus gewonnenen Fleisches und Speckes. Magistratsrat Doktor Ehrenberg erstattete ein ausführliches Referat über die Aktion der Gemeinde wegen Verwendung von Baugelände und Weidland zu Zwecken des Gemüse- und Kartoffelanbaues. Auch dieser Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und die Anträge des Referenten genehmigt.

Schließlich erbat sich der Bürgermeister die Genehmigung zur Auszahlung der Bilanzremunerationen für Beamte und Bedienstete der Städtischen Straßenbahnen, der Gaswerke und der Leichenbestattung gegen nachträgliche Genehmigung im Plenum des Gemeinderates, sobald dieser in die Beratung und Beschlußfassung über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen eingetreten wird.